

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Familienreferent

am Freitag, 17. Jänner 2020
Presseclub, Saal A, 10:00 Uhr

Familienpolitische Forderungen an die neue Bundesregierung

Weiterer Gesprächsteilnehmer:

Mag. Franz Schützeneder, Leiter OÖ Familienreferat

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Rückfragen-Kontakt:

Franz Pochendorfer (+43 732) 77 20-17153, (+43) 664 60072 17153

Franz.pochendorfer@ooe.gv.at

Im Regierungsprogramm 2017 hieß es noch: „Familie: Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generation unsere Zukunftsfähigkeit. Für uns stehen vor allem die Kinder im Mittelpunkt – Familie soll ein Ort sein, wo sie behütet aufwachsen können und gut auf das Leben vorbereitet werden!

- ➔ Von diesem Familienbild ist nun keine Rede mehr!
- ➔ Es wird unter anderem von der Vielfältigkeit unterschiedlicher Familienmodelle gesprochen
- ➔ Klares Familienbild: Familie besteht aus Vater + Mutter + Kind/er

Familienpolitische Forderungen an die Bundesregierung:

Breitensport (S. 61)

Einführung von Sporttagen in der Primärstufe von mindestens vier Tagen und in der Sekundarstufe I und II von mindestens je zwei Wochen, wobei eine davon dem **Wintersport** gewidmet werden muss

Skikurspflicht wurde 1996 abgeschafft. Die Folgen blieben nicht aus: Die Zahl der abgehaltenen Wintersportwochen gingen österreichweit zurück. Diese wurden durch Sommersportwochen bzw. Sprachwochen ersetzt. Zudem wurde eine 70%-Klausel eingeführt. Viele Eltern haben mittlerweile keinen Bezug zum Skifahren, weil sie selber nicht (mehr) fahren oder aus finanziellen Aspekten.

OÖ fördert seit 2009 die Wochenskikurse in öö. Skigebieten mit Gratisliftkarten, ebenso die einzelnen Halbtageskikurse in Kindergärten und Volksschulen. Seit Beginn ist bei den Wochenskikursen ein Anstieg von +46% (7.088 --> 10.381) verzeichnen, bei den Halbtagesliftkarten ein Anstieg von +121% (16.985 --> 37.788);

Relativ geringer Budgetaufwand: ~ 700.000€

Durch die Förderungen seitens des Landes OÖ kostet eine Wintersportwoche, die in OÖ abgehalten wird, den Eltern etwa 200 Euro.

- Ja zur Wiedereinführung der verpflichtenden Wintersportwoche
- OÖ könnte hier das role model sein, um die Leistbarkeit für Eltern sicherzustellen
- Es muss auch sichergestellt werden, dass zukünftige Lehrer die Möglichkeit erhalten, die Ausbildung zu Begleitlehrern für Wintersportwochen zu absolvieren.

Prüfung der **Einrichtung von Fonds für Schulveranstaltungen bei den Bildungsdirektionen**. Damit soll benachteiligten Standorten geholfen werden, die Kosten für Schulveranstaltungen (Workshops, Ausflüge etc.) abzudecken – ev. gespeist durch regionale Unternehmen. (S. 235 + 297)

Dies ist offensichtlich eine reine Standort-Förderung.

Oberösterreich hingegen unterstützt Familien mit finanzieller Förderung für Schulveranstaltungen in den öffentlichen Pflichtschulen – wobei die Einkommensgrenzen und die Förderhöhen vor zwei Jahren deutlich erhöht wurden.

Der Bund fördert Schulveranstaltungen an höheren Schulen. Wobei immer wieder kritisiert wird, dass die Einkommensgrenzen sehr niedrig sind.

- Seit der Familienreferentenkonferenz 2019 liegt der einstimmige Beschluss beim Bildungsminister, die Einkommensgrenzen bei der Bundesförderung für Schulveranstaltungen deutlich zu erhöhen!
- Wichtiger als die Standort-Förderung wäre demnach eine höhere finanzielle Unterstützung für die Eltern mit deutlich höheren Einkommensgrenzen
- Rasche Umsetzung
- Eine unbürokratische Unterstützung ist notwendig

Armutsbekämpfung (S. 235)

Stärkung von Familien mit niedrigem Einkommen im Zuge der Steuerreform durch die **Senkung** des Eingangsteuersatzes bei der **Einkommensteuer von 25 % auf 20 %** sowie der **Erhöhung** der Untergrenze des **Familienbonus von 250 auf 350 Euro** pro Kind und des Gesamtbetrages von **1.500 Euro auf 1.750 Euro pro Kind**.

Das Leutturmprojekt der letzten Bundesregierung!

- ➔ Senkung der Einkommensteuer ist zu unterstützen, da diese auch zur Senkung der Abgabenquote in Richtung 40 % beiträgt
- ➔ Erhöhung des Familienbonus ist zu begrüßen. Der Familienbonus ist die größte steuerliche Entlastung für Familien in der 2. Republik. Mit diesem Geld werden jene Familien unterstützt, die arbeiten gehen, Steuern zahlen und gleichzeitig Betreuungspflichten haben. Damit erfahren jene Eltern eine deutlich höhere Anerkennung, die neben der Erziehung ihrer Kinder gleichzeitig berufstätig sind und Steuern zahlen. Bonus ist eine Unterstützung vor allem für Familien mit mittleren und geringen Einkommen. 80 % der Familien können den Familienbonus voll ausschöpfen. In OÖ kommen etwa 284.000 Kinder <18 J. in den Genuss dieser Unterstützung.
- ➔ Undefiniert ist, ob die 500 € für Kinder >18 J. unverändert bleiben

Kampf gegen Altersarmut (S. 251)

Automatisches Pensionssplitting:

- mit einmaliger zeitlich befristeter Opt-out-Möglichkeit
- abgestellt auf gemeinsame Kinder
- bis zu Vollendung des 10. Lebensjahres
- ausg. Kindererziehungszeiten
- Praxistaugliche und faire Lösung für Patchwork-Familien
- Aufteilung der zusammengerechneten Beitragsgrundlagen beider Elternteile und Gutschrift auf dem jeweiligen Pensionskonto zu jeweils 50 %

Freiwilliges Pensionssplitting:

- in jeder Form der Partnerschaft
- Aufteilung der zusammengerechneten Beitragsgrundlagen beider PartnerInnen und Gutschrift auf dem jeweiligen Pensionskonto zu jeweils 50 %;
- ausg. Kindererziehungszeiten;

Dieser Punkt ist unter „Kampf gegen Altersarmut“ völlig falsch angeführt – weil es nichts dagegen tut!

- Ist eindeutig abzulehnen!
- Dies bedeutet weniger Pension für die Väter und trotzdem insgesamt nicht genug für die Frauen.
- Erziehungsarbeit der Mütter soll durch entsprechende Pensionsanrechnungen so zu werten sein, dass für Frauen im Alter keine Pensionslücken entstehen.
- Einführung eines Familiensplittings bei der Einkommensteuer

Prävention und Gesundheitsförderung (S. 266):

Weiterentwicklung Mutter-Kind-Pass zum Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr:

- Aufnahme von standardisierten und qualitätsgesicherten Screenings zur psychischen Gesundheit, Ernährung und sozialer Kompetenz
- Schaffung von Therapiemöglichkeiten
- Bessere Informationen und Beratungen über Impfungen (auch S. 283)

Dies ist eine langjährige Forderung und stand bereits im letzten Regierungsprogramm. Hintergrund dieser Ausdehnung bis 18 Jahre ist jener, weil dies mit der Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr in Zusammenhang gebracht werden soll.

- Absolut zu begrüßen!
- Bei Familienreferentenkonferenz 2018 wurde von OÖ ein Antrag eingebracht, dass auch die Elternbildung in den Mutter-Kind-Pass integriert werden soll (bspw. als Gutscheine).
- Zusätzlich soll im Mutter-Kind-Pass eine Untersuchung des Kindes durch einen Zahnarzt vorgesehen werden. Die Basis für gesunde Zähne wird schon in der frühen Kindheit gelegt. Hier hat Oberösterreich eine Alleinstellung und gibt diese Untersuchung im Rahmen des Mutter-Kind-Zuschusses vor.
- Die Untersuchung des Hals-, Nasen- und Ohrenbereiches soll zudem von einem Facharzt durchgeführt werden.
- Stärkung der Impfmoral durch Bewusstseinsbildung

Familien stärken, Partnerschaftlichkeit und Gleichstellung fördern (S. 283)

FLAF-Reform:

- Anheben der Einkommensgrenze für Studierende (von 10.000€ auf 15.000€)
- FABIAN: digitale Weiterentwicklung zur Ausbezahlung der Familienbeihilfe
- Schülerfreifahrt und Öffi-Ticket ressortübergreifend denken
- Abbau bürokratischer Hürden bei Kinderbetreuungsgeld und Papamonat
- Reform Väterkarenz und Papamonat zur Verbesserung der Vereinbarkeit
- Verfahrenserleichterung bei erhöhter Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderung

Die Dienstgeberbeiträge wurden sukzessive gesenkt - von 6 % auf 3,8 % (2019). Obwohl der „Reservefonds“, der vom Familienlastenausgleichsfonds gespeist wird, hoch verschuldet ist und dadurch wichtige Einnahmen fehlen. Die Einnahmen werden von der Entwicklung der Beschäftigung, den Löhnen und der Konjunktur bestimmt, während die Ausgaben von der Anzahl und der Altersstruktur der Kinder in Österreich determiniert werden.

Im FLAF stehen 2018 Einnahmen von 6,805 Mio. Euro Ausgaben von 7,094 Mio. Euro gegenüber. Abgang von 289 Mio. Euro.

- ➔ FLAF wieder auf die ursprünglichen Kernleistungen beschränken (Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld) - Verweis auf den Bericht von EcoAustria
- ➔ Ausgliederung der „Quersubventionierungen“ von Bereichen, die in die Zuständigkeit anderer Ressorts fallen (Mutter-Kind-Pass – Sozial- bzw. Gesundheitsministerium; Schülerfreifahrt – Verkehrsministerium etc.); Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten belasten den FLAF schwer
- ➔ Der FLAF darf kein Budgetpuffer für den allgemeinen Haushalt sein
- ➔ Indexierung der Familienbeihilfe nach dem Herkunftsprinzip war ein wichtiger Schritt

Positiv zu erwähnen sind die Anreize für mehr Väterbeteiligung durch den Papamonat und dem Partnerschaftsbonus. Diese werden jedoch nach wie vor gering in Anspruch genommen.

→ **Evaluierung Kinderbetreuungsgeld** war noch im Regierungsprogramm 2017 angekündigt: Das mit März 2017 eingeführte Kinderbetreuungsgeld-Konto soll evaluiert und entsprechend im Interesse der Verbesserung der Wahlfreiheit adaptiert werden: Durch die vielen Novellierungen ist das Gesetz mittlerweile sehr komplex und kompliziert. Eine vernünftige Änderung wird nur in einer Gesamtänderung zu erreichen sein.

- Verwaltungskosten explodierten: 2002 ~5 Mio. Euro; 2010 ~16,5 Mio. Euro (letzte Erhebung); weiterer Anstieg aufgrund der letzten Reform 2017 ist demnach sehr realistisch.
- Kritisiert wird nach wie vor die Berechnung des Bezugszeitraumes in „Tagen“.
- Kinderbetreuungsgeld (in der ursprünglichen Langvariante) wurde seit seiner Einführung im Jahr 2002 noch nie der Inflation angepasst.
- Volles Kinderbetreuungsgeld bei Mehrlingsgeburten für jedes Kind soll eingeführt werden (derzeit nur 1,5fache Ausbezahlung)
- Automatische Weiterversicherung nach dem Ende des Bezugs des Kinderbetreuungsgeldes - wird oftmals übersehen.

→ **Keine Anrechnung der erhöhten Familienbeihilfe bei gleichzeitigem Bezug von Pflegegeld für das Kind**; derzeit werden 60 € wieder abgezogen (Antrag im oö Landtag wurde 2016 einstimmig an den Bund verabschiedet, dennoch abgewiesen)

„Es liegt in der Verantwortung der Politik, ein familien- und kinderfreundliches Umfeld zu schaffen. Dazu zählen selbstverständlich attraktive Familienleistungen und Unterstützungen sowie eine solide finanzielle Absicherung unserer Familien. Schließlich sind Familien die Stütze unserer Gesellschaft und unsere Versicherung für die Zukunft“, betont Familienreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner abschließend.